Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Redaction eingesandte Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,850.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Beilagen pränumerando oder durch Postnachnahme.

№ 103. Freitag den 13. April 1883. 77. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Vermiethung.

Ein in der Hausflur des der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstückes Reichsstraße Nr. 51 befindlicher Verkaufsstand soll auf die Zeit **während der diesigen Messen gegen einhalbjährliche Kündigung sofort** anderweit **vermiethet** werden und sind Miethgesuche auf dem Rathhause I. Etage, Zimmer Nr. 17, anzubringen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium des zu vermiethenden Hausstandes eingesehen werden.

Leipzig, den 10. April 1883.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Brendel.

## Nichtamtlicher Theil.

### Rom und Berlin.

Die Beziehungen zwischen Berlin und dem Quirinal sind augenblicklich sehr innige, das haben die Publicationen über das deutsch-österreichisch-italienische Bündniß bewiesen; aber neben der deutschfreundlichen Strömung besteht noch eine andere, welche äußerlich sich den Anschein giebt, als sei es ihr darum zu thun, freie Hand zu behalten, eigentlich aber zu Frankreich neigt. Diese Doppelfärbung trat in der Senatssitzung vom 10. April zu Tage. Während Mazolino die Fortführung Pantaleoni's wiederholte, den Handvertrag nicht anzurennen, sprach sich Alfieri dahin aus, daß Italien gut daran thue, sich von jeder Theilnahme an Unternehmungen fern zu halten, welche mit seinen Traditionen in Widerspruch stehen, und Caraccioli schützte als Grund für die von ihm empfohlene Politik der freien Hand vor, daß Italien sich die Möglichkeit offen halten müsse, mit England herzliche Beziehungen zu pflegen. Daß gutes Einvernehmen mit Deutschland und Oesterreich der Freundschaft mit England nicht im Wege stehe, sollte dem Senator Caraccioli bekannt sein, denn daß England und Deutschland im vollsten Einverständniß sind, das hat sich doch erst vor Kurzem klar gezeigt, als der Prinz von Wales der Gast des deutschen Kaisers war und Ihnen bei diesem Anlaß das Blücher-Husaren-Regiment verliehen wurde. Die Erklärungen Caraccioli's waren wohl mehr dazu bestimmt, den Eindruck der Worte Alfieri's abzuschwächen, welche ziemlich deutlich auf die alte Waffenbrüderschaft mit Frankreich hindeuteten. Auf diese weisen allerdings die Traditionen des Königreichs Italien hin, denn bei Solferino und Magenta wurde die Grundlage für das heutige Königreich Italien durch französische Waffen erkämpft. Das hat ein Theil der Italiener nicht vergessen und außerdem erinnern sie sich daran, daß sie Stammverwandte der Franzosen sind. Die Bande des Blutes sind stark und werden auch durch Zwistigkeiten nicht vollständig gelöst. Wie war es denn im Jahre 1870? Gab es damals nicht trotz 1866 in Italien eine Partei, welche den Franzosen lebhaft den Sieg wünschte und Garibaldi auch bei diesem Kriege als den eigentlichen Vertreter der italienischen Nation betrachtete? Die Sympathien der Italiener für die Deutschen entspringen nicht sowohl dem Zuge des Herzens als den Rücksichten der Zweckmäßigkeit, und deshalb ist kein Bündniß stark genug, um die natürlichen Neigungen der Italiener zu ihren Stammverwandten, den Franzosen, vollständig auszulöschen. Das ist eine Thatsache, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Gegenwärtig geht das Gerücht, daß eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und König Humbert für den nächsten Sommer bevorstehe. Das klingt durchaus nicht unwahrscheinlich, denn die freundschaftlichen Beziehungen, welche das Haus Savoyen mit den Hohenzollern bei Lebzeiten Victor Emanuel's unterhielt, bestehen auch nach dem Tode dieses Königs fort, der deutsche Kronprinz ist durch innige Freundschaft mit König Humbert verbunden, also steht durchaus nichts im Wege, daß Deutschlands Kaiser und Italiens König sich wiederum persönlich begegnen. Daß eine solche Nachricht gerade im jetzigen Augenblick größere Erregung hervorruft, als das unter gewöhnlichen Verhältnissen der Fall sein würde, entspricht nur der Sachlage, und auch dabei fällt wieder schwer ins Gewicht, daß in Folge des Triester Attentats zwischen den Höfen von Wien und Rom eine Spannung herrscht, die wohl heute als nahezu ausgeglichen anzusehen ist. Dunkel klingt die Stelle der Pester Meldung, welche besagt, daß bei der Zusammenkunft auch Oesterreich in „gewissem Sinne" vertreten sein werde. Soll das heißen, daß der österreichisch-ungarische Botschafter hinzugezogen werden soll, oder daß vielleicht Graf Kalnoky als Vertreter des Kaisers Franz Josef zu der Zusammenkunft abgeordnet werden soll? Als dritte Möglichkeit wäre noch die zu erwähnen, daß König Humbert, gleich Kronprinz Rudolf an den Herbstmanövern Theil nehmen würde. Die selbstverständliche Hauptsache besteht darin, daß die Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und König Humbert, wenn sie überhaupt stattfindet, nur im vollsten Einverständniß mit dem Kaiser Franz Josef sich verwirklichen kann.

Als eine Act feststehenden Grundsatzes gilt in Deutschland, daß die Empfindlichkeit Frankreichs geschont werden müsse. Das hat insoweit seine Berechtigung, als der Sieger dem Besiegten gegenüber stets die Pflicht der Schonung hat, wenn anders die Versöhnung auf beiden Seiten angestrebt wird. Leider haben wir aber zahlreiche Beweise dafür, daß ein großer Theil der Franzosen gegen Deutschland die allerfeindlichsten Gesinnungen hegt. Es ist das noch im Laufe des Jahres 1882 mit solcher Schroffheit hervorgetreten — wir brauchen nur den Namen Derouléde zu nennen, — daß darüber auch nicht der mindeste Zweifel obwalten kann. Wenn wir also sehen, daß wir von Seiten Frankreichs nur so lange der Aufrechthaltung des Friedens sicher sind, als diese Macht die Gewißheit einer Niederlage bei einem Friedensbruch voraussieht, so haben wir dringende Veranlassung, die Friedensbürgschaften in jeder denkbaren Weise zu erhöhen. Je zahlreicher die Kräfte sind, welche sich zur Aufrechthaltung des Friedens verbinden, desto vergeblicher sind alle Anstrengungen Frankreichs, seine Armee auf eine formidable Zahl zu bringen. Und da das Streben Frankreichs so offenkundig ist, bei erster sich darbietender Gelegenheit für die Niederlagen von 1870/71 Revanche zu nehmen, so haben wir auch keine Veranlassung, aus den Bestrebungen ein Hehl zu machen, welche dazu dienen sollen, diese Absicht zu durchkreuzen. Mag die Kriegspartei in Frankreich immerhin darüber außer sich gerathen, daß die italienische Regierung es im Interesse Italiens findet, engen Anschluß an Deutschland und Oesterreich zu suchen, die Friedensfreunde in Frankreich können es nur mit aufrichtiger Genugthuung begrüßen, daß die Friedenssicherheit in Europa von Jahr zu Jahr zunimmt.

In diesem Sinne meinen wir auch, daß die Vorbereitungen zu der angeblich geplanten Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und König Humbert nicht mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben sind, welchen die Pester Meldungen aus Rom darüber breiten wollen. Die Nachricht ist einerseits so erfreulich und andererseits so unverfänglich, daß gar nicht abzusehen ist, aus welchem Grunde sie geheim gehalten werden soll. Daß eine Anfrage von Souverain zu Souverain nicht gleichzeitig durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, erklärt sich durch die private Natur der Sache. Möglich ist es, daß die Nachricht unbegründet ist, aber für die Geheimhaltung, falls sie auf Wahrheit beruht, liegt auch nicht der geringste Anlaß vor. Daß man in Ungarn nicht allzu erfreut darüber ist, wenn Italien sich mit Deutschland in guten Einvernehmen befindet, das finden wir sehr natürlich. In Ungarn ist man auf Deutschland überhaupt nicht gut zu sprechen, und wie man dort gegen uns gesonnen ist, das haben die Kundgebungen der Franzosenfreunde in Ungarn während des deutsch-französischen Krieges auf das Schlagendste bewiesen.

### Leipzig, 13. April 1883.

* Die jüngste Nummer der „Provinzial-Correspondenz" bestätigt, daß das Befinden des Kaisers fortdauernd ein gutes ist und der greise Monarch seine gewohnte Lebensweise wieder beziehen kann. Hierzu können wir weiter melden, daß es bereits beschlossen ist, daß Kaiser Wilhelm in den nächsten Tagen, voraussichtlich am Sonntag, Berlin verläßt, um sich nach Wiesbaden zu begeben. Der dortige Aufenthalt des Kaisers dürfte sich ziemlich lange hinausschieben. In Wiesbaden wird der deutsche Kaiser den Besuch des rumänischen Königspaares empfangen, das zu längerem Aufenthalt Mitte Mai auf Schloß Sigmaringen eintreffen wird, wo sie Eltern des Fürsten von Hohenzollern sind. Wann sich der Kaiser von Wiesbaden bis zum Beginn der großen Herbstmanöver begeben wird, ist noch nicht bekannt und dürfte allein von den Bestimmungen der Aerzte abhängen. — In den letzten Tagen ist auch eine sehr erfreuliche Besserung in dem Befinden des Reichskanzlers eingetreten, die nach der Meinung der Aerzte mit der wärmeren Jahreszeit weitere Fortschritte machen wird. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dementirt nun die über die Ernennung des Fürsten Bismarck zum Herzog von Lauenburg circulirenden Gerüchte, die jeder Begründung entbehren sollen. Zu der Erhebung des verdienten Staatsmannes zum Herzog von Lauenburg liegt, wie die „Norddeutsche" behauptet, im Augenblick gar kein Grund vor. Nichts desto weniger verstummen die Gerüchte über diese Frage nicht und von Vielen wird mit Bestimmtheit behauptet, daß eine Standeserhöhung des Reichskanzlers in der Absicht des Kaisers liegt und nur der Zeitpunkt der Publication derselben noch nicht feststeht. Sollte sie nicht in nächster Zeit erfolgen, was man kaum annehmen kann, so soll das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers die Gelegenheit dazu bieten. Man thut sicherlich gut, diese Gerüchte nicht ohne Weiteres zu glauben.

* Aus Berlin wird uns vom Mittwoch geschrieben: „Das Demissionsgesuch des Vicеadmirals Batsch, welches nach der Ernennung des Generals v. Caprivi zum Chef der Marineverwaltung auf einen direct geäußerten Wunsch des Kaisers zurückgezogen wurde, war nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Herr Batsch hat einen dreimonatlichen Urlaub vom Kaiser erbeten und erhalten, und hat denselben auch bereits angetreten. Die Eingeweihten behaupten, daß Herr Batsch auf seinen Posten nicht wieder zurückkehren wird und daß er wiederholt dem Kaiser ein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Es kann kaum bezweifelt werden, daß der Kaiser dasselbe nicht ohne Weiteres genehmigen und daß es an Bemühungen nicht fehlen wird, den ältesten Seeofficier der deutschen Marine zu erhalten. Aber Herr Batsch wird schwerlich durch diese Bemühungen veranlaßt werden, seinen Plan aufzugeben, der von allen höheren Seeofficieren gebilligt wird. Als Herr Batsch zum ersten Male unmittelbar nach der Ernennung des Generals v. Caprivi um seine Entlassung eingekommen war, da wurde vielfach der Plan besprochen, durch eine Theilung der Functionen des Chefs der Marineverwaltung Herrn Batsch eine seinem nunmehrigen Chef gleichgeordnete Stellung zu verschaffen. Man spricht noch jetzt von Organisationsänderungen in der Marine, aber von dem vorerwähnten Plane ist es still geworden. In der That macht es den Eindruck, als ob durch seine Verwirklichung alle Schwierigkeiten überwunden worden wären und es ist um so unerfindlicher, daß man diesen Weg nicht beschritten hat, den verdienten Vice-Admiral dem Dienst zu erhalten, als derselbe fast ausnahmslos von den höheren Marine-Officieren gebilligt, ja sogar für nothwendig erachtet wird." — Zur Sache meldet noch die „Post" aus Kiel, 11. April: „Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist das Abschiedsgesuch des Vice-Admirals Batsch noch nicht dem Kaiser eingereicht worden, wohl aber bei ihm beschlossene Sache. Contre-Admiral Berger tritt gleichfalls einen Urlaub an, eine gleiche Absicht bei ihm ist wahrscheinlich." — Die „Vossische Zeitung" schreibt in gleicher Angelegenheit:

Vicеadmiral Batsch hat seine Geschäfte als Chef der Marinestation niedergelegt. Der erste Officier der Flotte hat vom Kaiser einen Urlaub von drei Monaten und gleichzeitig von dem Chef der Admiralität einen Vorurlaub erbeten, welcher sofort bewilligt und angetreten ist. Der Entschluß des Admirals, seine Stange zu quittiren, scheint jetzt unwiderruflich zu sein. Officiell werden natürlich wieder die „Gesundheitsrücksichten" vorgeschoben, aber in Wirklichkeit handelt es sich um einen point d'honneur der Marine. Die Generale und Admirale stehen in gleicher Rangstufe und daraus wird gefolgert, daß ein Vicеadmiral mit älterem Patent nicht unter dem Commando eines Generallieutenants mit jüngerem Patent stehen könne. Da Herrn v. Caprivi ein älteres Patent als Vicеadmiral gegeben war und eine Cabinetsordre dies selbst als ein Mittel angewendet hatte, durch welches Admiral Batsch der Marine erhalten werden könne, so schien in der That eine Möglichkeit vorhanden, den verdienten Seeofficier auf seinem Posten zu erhalten. Ob Admiral Batsch vorübergehend an eine solche Möglichkeit gedacht hat, ist schwer zu sagen, als sicher darf aber gelten, daß die Stabsofficiere der Marine den Rücktritt als gebeten erachten. Es ist unzweifelhaft, daß dadurch der Marine eine sehr nützliche Kraft verloren geht, die noch eine ganze Reihe von Jahren sehr werthvolle Dienste hätte leisten können. Wenn es beabsichtigt gewesen wäre, in Zukunft die Commandosachen von der Admiralität zu trennen und das Commando in die Hand eines Seeofficiers zu legen, so hätten die Schwierigkeiten der jetzigen Ancienitätsverhältnisse überwunden werden können, ohne die Liste der pensionirten Admirale zu vergrößern. Batsch ist der einzige aktive Vicеadmiral, den die Flotte besitzt, und sein Verlust ist in diesem Augenblicke empfindlich. Es ist ein eigenthümliches Fatum, daß die Marine immer ihre tüchtigsten Officiere, sobald sie die Admiralsstücke erklommen haben, verliert; Batsch ist wenigstens drei Jahre Vicеadmiral gewesen, vielleicht scheiden sie schon als Contreadmirale aus, so Krieriens, Jugenthiel und Max-Prinz, die kaum in ihrer Admiralschargе warm geworden waren. Nach Vicеadmiral Batsch ist Contreadmiral Berger, Chef der Marinestation der Nordsee, der älteste Officier, sein Patent ist vom 17. December 1878. Man glaubt aber nicht, daß Admiral Berger an die Stelle von Vicеadmiral Batsch treten wird, so auch Berger an seinen Nachfolger denken soll. Ob Contreadmiral Livonius in nächster Zeit als Director in der Admiralität eintreten werden kann, steht noch dahin, sonst würde er wohl der Nachfolger von Batsch auf dem Kieler Posten werden. Es kommen also eventuell Graf von Monts und Herr von Wickede in Betracht, denn Herr von Schleinitz wird sicher an der Spitze des hydrographischen Amts bleiben und der jüngste Contreadmiral Herr von Blanc befindet sich noch auf der afrikanischen Station. Die Ernennung des Letzteren ist allerdings schon vorgekommen und Contreadmiral von Monts als sein Ersatzmann designirt.

* Die „Prov.-Corresp." enthält einen „die Commandogewalt des Kaisers" überschriebenen Artikel, dessen Schlußsatz lautet: „An dem Pflichtgefühl und dem guten Rechte der Krone, an dem festen Gefüge der deutschen Armee und an dem gesunden Sinne der Nation sind alle Versuche zur Antastung der geschichtlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Heerwesens bisher ohnmächtig zu Boden gehalten. Dabei wird es auch künftig bleiben." — Ein zweiter Artikel „Der Staatsrath" schließt mit der Bemerkung, „daß die Einzelheiten der in Aussicht genommenen Maßregel noch der Erwägung unterliegen." „Sofern dieselben zu einer Annahme des Vorschlages führen, wird eine alte bewährte Einrichtung von Neuem als lebensfähiges Glied in den Staatsorganismus eingefügt werden."

* Ueber die Möglichkeit einer kirchenpolitischen Vorlage schreibt die „Nationalzeitung": „Aus dem vertrauten Kreise des Kanzlers hat sich im Reichstag die Mittheilung verbreitet, daß dem am Montag zusammentretenden preußischen Landtag eine kirchenpolitische Vorlage gemacht werden solle. Im Staatsministerium hat, wie wir hören, eine Berathung darüber noch nicht stattgefunden; wir halten die Nachricht gleichwohl für wahrscheinlich, jedenfalls für erheblich wahrscheinlicher, als sie es vor etwa zwei Monaten war, als wir ähnliche Meldungen für grundlos erklärten und von dem Project denn auch bald nicht weiter die Rede war. — Nach unseren Nachrichten würde es sich, sofern die augenblicklich bestehende Absicht ausgeführt würde, aber nicht um ein Ergebniß der Verhandlungen mit der Curie handeln. In der That wäre auch nicht abzusehen, wie als solches jetzt eine kirchenpolitische Vorlage erscheinen könnte, da bekanntlich in der preußischen Antwort auf die Jacobini'sche Note von der Curie gefordert worden, daß diese ihre Wünsche genauer specialisire und außerdem abermals als Vorbedingung für die Erfüllung derselben die Anerkennung der Anzeigepflicht bezeichnet wurde. Es handelt sich vielmehr offenbar um ein Zurückgreifen auf den Gedanken, die Verhandlungen mit dem Vatican als aussichtslos bei Seite zu lassen und einseitig von Staatswegen der „katholischen Bevölkerung" zu gewähren, was in dieser Beziehung irgend zulässig erscheint. Wir haben keinen Anlaß, über eine Vorlage, deren Inhalt unbekannt ist, ein Urtheil zu äußern; aber wir müssen wiederholen, was schon mehrfach von uns betont worden ist: während die jetzt angeblich beabsichtigte Methode auf der Grundlage des allgemeinen Beharrens bei der Falk'schen Kirchenpolitik sich wohl hätte rechtfertigen lassen, wird sie nach Allem, was in den letzten Jahren geschehen, der Curie und dem deutschen Ultramontanismus nur als ein neuer Beweis der Schwäche des Staates, als neue Ermuthigung zum Ausharren im Widerstande erscheinen. Es war sehr bemerkenswerth, wie Herr Windthorst und das Centrum während der letzten Tage, während der Berathungen des Reichstages über die Gewerbeordnung, ihren Zorn über die Annäherung zwischen dem deutschen Reiche und Italien im verschwiegenen Busen verschlossen und unbeirrt für die Erweiterung der polizeilichen Befugnisse, für eine inconstitutionelle Verordnungsgewalt des Bundesraths ꝛc. stimmten. Das ist wohl die „allgemeine Situation", welche die „Germania" meint, indem sie bemerkt, zu derselben passe die Nachricht von einer beabsichtigten kirchenpolitischen Vorlage. Wir möchten als einen Zug der Situation, zu welcher die Vorlage nach dem klerikalen Blatte paßt, ganz besonders auch den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Holzzölle betrachten."

* Es ist von Interesse, die gegenwärtige Frequenz im Reichstag nach der Parteistellung zu untersuchen. Wir wählen dazu eine der jüngsten namentlichen Abstimmungen, über welche der stenographische Bericht vorliegt, diejenige vom 6. April. Es war eine der am stärksten besuchten Sitzungen seit Wiederbeginn der Session. Abgegeben wurden 280 Stimmen und es fehlten, theils mit, theils ohne Entschuldigung, bezw. Urlaub, 114 Mitglieder. Unter den Fehlenden kommen auf das Centrum (105 Mitglieder) 38, nebst 2 der Fraction nahestehenden „Wilden", zusammen 40, auf die Conservativen (49 Mitglieder) 6, auf die deutsche Reichspartei (23 Mitglieder) 4, auf die Nationalliberalen (45 Mitglieder) 15, auf die liberale Vereinigung (46 Mitglieder) 8, auf die Fortschrittspartei (61 Mitglieder) 7, auf die Volkspartei (9 Mitglieder) 1, auf die Socialdemokraten (12 Mitglieder) 4, auf die Polen (18 Mitglieder) 14, die Elsaß-Lothringer (14 Mitglieder) fehlten sämmtlich, ebenso der eine Däne. Von den fehlenden 114 Mitgliedern sind sonach dem Centrum nebst Anhang 68, den conservativen Parteien 10, der gesammten Linken 36 Mitglieder zuzurechnen.

* * *

* Das französische Einladungsschreiben, welches jüngst österreichische Officiere czechischer Nationalität in Prag, um sich nicht der deutschen Sprache zu bedienen, zu einem Fechtabend erlassen haben, hat der czechischen Presse wieder einmal willkommene Veranlassung gegeben, gegen die deutsche Commando- und Dienstsprache der österreichischen Armee zu eifern. „Narodni Listy" sind bereits der Meinung, daß die Dauer der deutschen Sprache in der Armee nur mehr eine Zeitfrage sei und erstere „jedenfalls" durch die nationale Sprache der betreffenden Regimenter und Corps ersetzt werden müsse. Die nationale Gleichberechtigung, die man in Oesterreich nach langen, schweren Kämpfen auf politischem Gebiete „halbwegs" durchführt, müsse schließlich auch in der Armee volle Geltung erlangen und zwar nicht zu politischen sondern ausschließlich zu militärischen Zwecken, beziehungsweise zur Erhöhung der Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der österreichischen Armee. Daß von einer Zunahme der Intelligenz und Ausbildung der Soldaten nicht die Rede sein könne, so lange sie in einer ihnen völlig fremden Sprache befehligt werden, liege für jeden verständigen Militair auf der Hand. Sogar ein Artikel, den jüngst ein Officier in der alten Wiener „Presse" veröffentlicht, habe sich zu Gunsten der nationalen Commando- und Dienstsprache aus rein militairischen Gründen geäußert, ja der Verfasser des Artikels bekannte sich, was seiner Meinung noch mehr Gewicht verleihe, als Deutscher. — Weiter führen die „Narodni Listy" aus, daß die Behauptung, es könne keine Armee mit verschiedenen Commando- und Dienstsprachen geben und solche hätten niemals bestanden, eine „einfältige Erfindung der Deutschen" sei, die geradezu auf einer absichtlichen militairischen Geschichtsfälschung beruhe. Das Heer Napoleon's I., seiner Zeit das erste der Welt, habe bekanntlich aus vierlei Nationalitäten, aus Franzosen, Deutschen, Italienern, Polen u. A. bestanden, aber die Commando- und Dienstsprache sei in dem großen französischen Heere durchaus nicht ausschließlich die französische gewesen. Letztere galt nur für die Regimenter und Corps französischer Nationalität, während die deutschen, italienischen und polnischen in deutscher, italienischer und polnischer Sprache befehligt wurden und auch die Dienst- und Verwaltungssprache in den nichtfranzösischen Heerestheilen stets der Nationalität derselben entsprach. Und dennoch habe dieses in verschiedenen Sprachen befehligte und geleitete Heer Napoleon's I. die ganze Welt geschlagen! — In der gegenwärtigen italienischen Armee, schließt der Artikel des genannten Czechenblattes, bestand bis zu der im Jahre 1860 erfolgten Abtretung Savoyens an Frankreich eine aus zwei Infanterie-Regimentern zusammengesetzt gewesene savoyische Brigade, in der, wie wohl sie zur italienischen Armee gehörte, die Commandodienst- und Verwaltungssprache nicht die italienische, sondern die der savoyischen Nationalität d. h. die französische gewesen ist. — Nach diesen und ähnlichen militairischen Ausführungen scheint der Artikel in den „Narodni Listy" wohl aus der Feder eines österreichischen Officiers zu stammen.

* Aus Lemberg wird zum Wahlkampfe gemeldet, daß derselbe zwischen der radicalen polnischen Unabhängigkeitspartei, deren Candidat Romanowicz, und den Regierungsanhängern, welche für Zachariewicz eintraten, überaus heftig geführt ward. Es ward noch ein Aufruf „Die Veteranen der polnischen Freiheitskämpfe" unterzeichnet, unter die Wähler verbreitet, denen Romanowicz eindringlich empfohlen wurde, weil er offen und unerschrocken das Ziel aller patriotischen Polen anstrebe, von dem sie niemals ablassen würden. Die Wahlbewegung nahm schließlich einen so bedrohlichen Charakter an, daß ein Theil der Garnison in den Kasernen in Bereitschaft gehalten und die Hauptwache bedeutend verstärkt wurde. — Ueber das Wahlergebniß geht uns noch ein Lemberger Telegramm zu, nach dem der radicalpolnische Candidat Romanowicz mit 1705 Stimmen gegen den Regierungscandidaten Zachariewicz, der 1860 Stimmen erhielt, unterlegen ist. Sämmtliche ruthenische Wähler enthielten sich der Abstimmung. Ernste Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

* Die Magyaren haben jetzt bezüglich ihrer Vergewaltigungstendenzen gegen die Siebenbürger Sachsen und übrigen Deutschen Ungarns Bundesgenossen erhalten und zwar seitens der französischen Republikaner. Ein obscures Pariser Blatt, „Le Parlement", beglückwünscht nämlich die Magyaren zu ihrem energischen Vorgehen, gegen die ebenso „gewaltthätige als in der ganzen gebildeten Welt verhaßte „race tudesque". Die Magyarenblätter, auch die bedauernswerthen in deutscher Sprache erscheinenden, drucken selbstverständlich jene Beglückwünschungen des „Parlement" mit großem Behagen nach und ziehen daraus Schlüsse auf die überaus „warmen Sympathien", welche das französische Volk dem magyarischen entgegen bringe.

* Von der russischen Grenze geht die Meldung ein, daß vor einigen Tagen in Petersburg nahezu fünfzig Officiere als politisch verdächtig verhaftet worden seien. Davon entfallen fünfzehn auf das finnländische Regiment; die übrigen gehören der zweiten Artillerie-Brigade, dem Garde-Grenadier-Regimente und anderen Truppencorps an.

* Die Wahlagitation in Rumänien läßt sich sehr stürmisch an, und alle möglichen Querelen der inneren und äußeren Politik werden von der Opposition in die Massen geschleudert, um die Autorität des Ministeriums Bratiano zu schädigen. Bis auf den Handelsvertrag Rumäniens mit Oesterreich-Ungarn vom Jahre 1875 greift die Polemik zurück, den der officiöse „Romanul" der Opposition zur Last legt, während die letztere besonders die Donaufrage ausschreitet und namentlich ein lautes Geschrei darüber erhebt, daß Herr Ghika, der Gesandte Rumäniens in London, nach dem Schlusse der Donau-Conferenz sich zu den Bevollmächtigten Frankreichs begeben und denselben für die Initiative gedankt habe, die sie bei der Modification einiger Punkte des Projectes Barrère ergriffen hatten. „Das ist eine Regierung, die den Marasmus hat!" ruft der „Binele Public" und der „Timpul" sagt, Herr Bratiano sei nur mit Napoleon III. zu vergleichen, welch' letzterer aber wenigstens große Pläne und grandiose Ideen in der inneren und äußeren Politik gehabt hätte. Es scheint indessen nicht, daß das Cabinet Bratiano sich durch derartige Rodomontaden wesentlich irritiren läßt.

* Aus Bukarest wird noch vom 10. d. telegraphisch gemeldet: „Sämmtliche Armeecorps-Commandanten treffen morgen hier ein, um, unter dem Vorsitze des Kriegsministers, zu einer geheimen Berathung zusammenzutreten. — Die Regierung beabsichtigt ein Gelbbuch zu veröffentlichen, welches alle Actenstücke über die Donau-Frage enthalten soll."

* Aus Kopenhagen, 10. April, wird geschrieben: „Obwohl die dänischen Politiker thatsächlich keinen Anlaß haben, und dies auch recht wohl wissen, mit Besorgniß in die Zukunft zu blicken, so hält das die militairischen und maritimen Fachmänner des kleinen Königreichs doch nicht ab, ihr behufs Vertheidigung des Landes adoptirtes System wieder